

Ursula Wyss tritt zurück

Ursula Wyss hat heute ihren Rücktritt als Nationalrätin eingereicht, um sich voll auf ihr neues Amt in der Berner Stadtregierung zu konzentrieren. Grossrätin Nadine Masshardt wird für die SP als Nationalrätin nachfolgen. Sie wird ihr neues Amt mit dem Beginn der Frühjahrssession am 4. März 2013 antreten.



Ursula Wyss. og/a



Nadine Masshardt. zvg

(mt) Wie die SP Kanton Bern heute Dienstag bekanntgibt, tritt Ursula Wyss von ihrem Posten als Nationalrätin zurück. Während dreizehn Jahren vertrat die promovierte Ökonomin die sozialdemokratischen Anliegen. Sie war langjähriges Mitglied der Umwelt-, Raumplanungs- und Energie-Kommission UREK sowie der staatspolitischen, der finanzpolitischen und der aussenpolitischen Kommission.

Die frisch gewählte Berner Gemeinderätin galt im Bundeshaus als sehr gut vernetzt und einflussreich. Von 2006 bis im Frühling 2012 war sie Präsidentin der SP-Fraktion und in dieser Funktion auch Mitglied des Büros des Nationalrats. Ursula Wyss setzte auf nationaler Ebene immer wieder auch Akzente für ihren Kanton. So war sie 2005/06 Mitglied der vorberatenden NFA-Kommission, engagierte sich für den Kulturplatz Bern oder forderte nach der Atomkatastrophe in Fukushima die Abschaltung des Reaktors in Mühleberg.

Der Rücktritt von Ursula Wyss wurde allgemein erwartet: Wyss hatte im Vorfeld der Gemeindewahlen stets betont, dass sie im Fall ihrer Wahl in die Stadtberner Exekutive ihr Nationalratsmandat abgeben würde, um sich ganz auf die städtische Politik zu konzentrieren.

Nachfolgerin Nadine Masshardt

Die Langenthaler Historikerin und Grossrätin Nadine Masshardt wird den Sitz von Ursula Wyss im Nationalrat übernehmen. Seit 2006 Mitglied des Kantonsparlaments, setzt Masshardt ihre politischen Schwerpunkte in der Energie- und Verkehrspolitik sowie im Bereich der politischen Bildung und Jugendpartizipation. Auf nationaler Ebene will sich Nadine Masshardt weiterhin für die Energiewende und für einen attraktiven öffentlichen Verkehr einsetzen. Daneben sieht sie Handlungsbedarf bei der Transparenz der Parteienfinanzierung und fordert eine Verbesserung der politischen Bildung.